

Die Erhöhung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste betrug, wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich ist, von November 1951 bis November 1957 in der Industrie bei den kaufmännischen männlichen Angestellten 40,2 vH und bei den kaufmännischen weiblichen Angestellten 38,7 vH. Bei den technischen Angestellten ist dagegen das Verdienstniveau um + 36,0 vH bzw. + 33,7 vH, also weniger stark gestiegen. Im Handel, Geld- und Versicherungswesen hielten sich die Erhöhungen der Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen Angestellten ungefähr im selben Rahmen (+ 39,2 vH bzw. + 36,8 vH) wie im industriellen Bereich. Weit über den Durchschnitt hinaus erhöht haben sich aber hier die Verdienste der technischen Angestellten, und zwar stieg das Verdienstniveau der Männer um 60,4 vH und das der Frauen sogar um 76,2 vH.

Zur richtigen Bewertung dieser Veränderungszahlen sei jedoch nochmals darauf hingewiesen, daß in den ermittelten Durchschnittsverdiensten nicht nur die Veränderung der Verdienste selbst, sondern auch die strukturelle Veränderung in der Zusammensetzung der erfaßten Angestelltenschaft nach Geschlecht und Beschäftigungsart usw. für die Zeit von 1951

bis 1957 zum Ausdruck kommt. So nahm zum Beispiel der Anteil der erfaßten weiblichen kaufmännischen Angestellten in der Industrie von November 1951 bis November 1957 von 46,6 vH auf 54,2 vH zu und der im Handel, Geld- und Versicherungswesen von 51,0 vH auf 63,3 vH. Daß sich die Bruttomonatsverdienste im Durchschnitt aller Angestellten im Handel, Geld- und Versicherungswesen in der fraglichen Zeit nur um 31,5 vH erhöht haben, obwohl die Veränderungswerte der einzelnen Beschäftigungsgruppen bedeutend höher lagen, dürfte ausschließlich auf die oben angeführte Tatsache zurückzuführen sein. Die relativ starke Erhöhung der Durchschnittsverdienste der technischen Angestellten im Handel, Geld- und Versicherungswesen hat seinen Grund darin, daß in diesem Wirtschaftszweig in den letzten Jahren eine Angleichung an das Verdienstniveau der technischen Angestellten in der Industrie erfolgt ist. Auf den Gesamtdurchschnitt des Verdienstniveaus im Handel, Geld- und Versicherungswesen hat sich dies aber wenig ausgewirkt, da die Zahl der beschäftigten technischen Angestellten gegenüber derjenigen der kaufmännischen Angestellten hierbei von untergeordneter Bedeutung blieb.

Eugen Wetzel

STEUER-, FINANZ- UND GELDWESSEN

Die Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik im 3. Rechnungsvierteljahr 1957

Steuern, allgemeine Finanzzuweisungen und allgemeine Umlagen

Im dritten Rechnungsvierteljahr 1957¹ betrugen die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände Baden-Württembergs 262,9 Mill. DM. Gegenüber dem Vorvierteljahr² ergab sich eine Mehreinnahme von 8,1 Mill. DM (+ 3,2 vH). Im einzelnen erhöhten sich dabei die Einnahmen aus der Grundsteuer A um 2,6 Mill. DM auf 16,0 Mill. DM, der Grundsteuer B um 2,2 Mill. DM auf 32,2 Mill. DM und der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital um 5,5 Mill. DM auf 199,9 Mill. DM, während das Aufkommen aus den übrigen Gemeindesteuern um 2,2 Mill. DM niedriger lag als im zweiten Rechnungsvierteljahr 1957.

¹ Eine tiefere regionale und sachliche Aufgliederung erfolgt in „Statistische Berichte des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg“, L I 2v 3.

² Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 5. Jg. 1957, Heft 12, S. 353 ff.

Die Steigerung des Aufkommens aus der Grundsteuer, speziell der Grundsteuer A, die regelmäßig im dritten Rechnungsvierteljahr infolge der Zahlungsgewohnheiten der Landwirtschaft in Erscheinung tritt, erhöhte naturgemäß die Steuereinnahmen der kleineren Gemeinden im Berichtsvierteljahr relativ am stärksten. Es fällt allerdings auf, daß bei den Gemeinden unter 1000 Einwohnern eine in keiner andern Größenklasse erreichte Erhöhung der Gewerbesteuereinnahmen gegenüber dem zweiten Rechnungsvierteljahr 1957 um 12,0 vH hinzukam.

Mit den im Berichtsvierteljahr erzielten Mehreinnahmen wurde zwar der im zweiten Quartal verzeichnete Rückgang des gemeindlichen Steueraufkommens aufgefangen. Doch wenn man die Ergebnisse des letzten halben Jahres im Zusammenhang mit der vorausgegangenen Entwicklung betrachtet, ist nicht zu verkennen, daß im Wachstum der kommunalen Steuereinnahmen eine Abschwächung eingetreten ist. Während

Einnahmen aus eigenen Steuern und Finanzzuweisungen sowie Umlageausgaben der Gemeinden und der Landkreise im 3. Rvj. 1957

Gebietskörperschaften Gemeindegrößenklassen ¹⁾	Zahl der Gemein- den und Kreise ²⁾	Ein- wohner- zahl am 31.12.1956 in 1000 ³⁾	Steuern		darunter					Allge- meine Finanz- zuwei- sungen	Darunter Schlüssel- zuwei- sungen	Landes- fürsorge- umlage- u. Kreis- umlage- ausgaben
			ins- gesamt	je Ein- wohner	Grundsteuer		Gewerbe- steuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	Ver- gütungs- steuer	Ge- meinde- getränke- steuer			
					A ⁵⁾	B ⁴⁾						
Kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 1 000 Einw.	2 066	1 036	15 072	14,54	6 161	1 484	7 209	46	19	7 592	5 954	3 360
„ 1 000 bis unt. 2 000 „	714	996	16 892	16,95	4 098	2 094	10 403	116	26	6 655	5 639	3 537
„ 2 000 „ „ 3 000 „	236	575	14 153	24,60	1 732	1 803	10 284	181	71	3 900	3 188	2 679
„ 3 000 „ „ 5 000 „	175	661	17 678	26,76	1 524	2 231	13 435	328	43	4 053	3 533	2 694
„ 5 000 „ „ 10 000 „	113	777	25 798	33,20	1 210	3 504	20 121	607	133	5 468	4 401	4 033
„ 10 000 und mehr Einw. . .	67	1 463	70 934	48,47	857	8 517	58 714	1 768	536	9 069	7 333	9 492
Stadtkreise	9	1 656	98 803	59,67	450	12 601	79 684	2 644	1 298	13 931	7 139	1 464
Landkreise	63	5 509	3 588	0,65	—	—	—	—	—	12 765	7 490	4 726
Zusammen	3 443	7 165	262 918	36,70	16 033	32 234	199 850	5 690	2 126	63 432	44 676	31 985
Dagegen im 2. Rvj. 1957	3 444	7 165	254 844	35,57	13 408	29 998	194 341	5 495	2 426	88 309	56 624	35 005
Dagegen im 3. Rvj. 1956	3 444	7 157 ⁶⁾	236 024	32,98	14 944	30 161	176 315	5 428	2 125	61 438	37 538	27 964

¹⁾ Zuordnung der Gemeinden zu den Größenklassen nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung) und dem Gebietsstand vom 31. März 1957. — ²⁾ Gegenüber dem Vorvierteljahr eine Gemeinde infolge Eingemeindung weniger. — ³⁾ Grundsteuerbeitragsbeträge bzw. Gewerbesteuerausschlässe abgeglichen. — ⁴⁾ Einschließlich Grundsteuerbeitragsbeträge für Arbeiterwohnstätten. — ⁵⁾ Fortgeschriebene Wohnbevölkerung vom 31. Dezember 1955. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

nämlich in den Monaten Januar bis März sowie April bis Juni 1957 gegenüber den gleichen Zeitabschnitten des Jahres 1956 jeweils eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 18,5 vH festzustellen war, ging die entsprechende Zuwachsrate im nächsten Vierteljahr auf 16,3 vH und im Berichtsvierteljahr weiter auf 11,4 vH zurück³. Die Ursache dafür liegt in der Entwicklung der Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital; denn bei dieser Steuer, aus der fast drei Viertel des Gesamtaufkommens fließen, betrug die Zuwachsrate (jeweils 1957 gegenüber 1956) in den beiden ersten Kalendervierteljahren 24,5 vH und 25,6 vH, fiel dann aber auf 18,8 vH im dritten und schließlich auf 13,3 vH im vierten Quartal.

Die im letzten halben Jahr sich zeigende Abschwächung im Wachstum der gemeindlichen Steuereinnahmen wird weitgehend überdeckt, wenn man die Steuereinnahmen für das Kalenderjahr 1957 zusammenfaßt und sie mit den entsprechenden Ergebnissen der Vorjahre vergleicht. Infolge der besonders günstigen Entwicklung im ersten Halbjahr überschritten nämlich die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände Baden-Württembergs im Kalenderjahr 1957 erstmals die Milliarden Grenze: Mit 1016,1 Mill. DM wurden die Einnahmen des Kalenderjahres 1956 um rund 140 Mill. DM (+ 16 vH) übertroffen, während der entsprechende Zuwachs des Vorjahres nur 64 Mill. DM (+ 7,8 vH) betragen hatte.

Im Kalenderjahr 1957 erhöhte sich das Gewerbesteueraufkommen gegenüber dem Vorjahr um 127 Mill. DM (+ 20,2 vH) auf 756,3 Mill. DM und damit gleichzeitig der Anteil am Gesamtaufkommen von 72 vH auf 74,4 vH. Die Einnahmen aus der Grundsteuer A stiegen im gleichen Zeitraum um 4,2 Mill. DM (+ 6,8 vH) auf 66,2 Mill. DM und die aus der Grundsteuer B um 7,4 Mill. DM (+ 6,0 vH) auf 130,4 Mill. DM.

Allgemeine Finanzzuweisungen im 3. Rechnungsvierteljahr 1957

Regierungsbezirk Land	Schlüssel- zuwei- sungen (§§ 10 und 11 FAG)	Bedarfszuweisungen aus dem			Zweck- gebun- dene Zuwei- sungen (§ 8 Abs. 1 FAG)	Zusam- men
		kommun- alen Not- stock (§ 14 FAG)	Aus- gleich- stock (§ 15 FAG)	Über- gangs- härte- stock (§ 19 FAG)		
		1000 DM				
Nordwürttemberg	15 049	1 851	244	3 203	2 243	22 591
Nordbaden	11 029	3 034	1 561	—	1 218	16 842
Südbaden	9 764	365	410	—	1 467	12 006
Südwestfalen- Hohenzollern .	8 834	—	1 776	—	1 383	11 993
Baden-Württ. . . .	44 676	5 250	3 991	3 203	6 312	63 432
Dagegen im						
2. Rvj. 1957 . . .	56 624	13 812	10 759	22	7 092	88 309
3. Rvj. 1956 . . .	37 538	5 543	8 001	3 494	6 861	61 438

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Im dritten Rechnungsvierteljahr 1957 wurden an die baden-württembergischen Gemeinden und Gemeindeverbände 63,4 Mill. DM an allgemeinen Finanzzuweisungen ausgeschüttet. Die Schlüsselzuweisungen, auf die 44,7 Mill. DM entfielen, gingen gegenüber dem Vorvierteljahr um 11,9 Mill. DM und die Bedarfszuweisungen um 12,1 Mill. DM zurück. Da es sich hierbei nur um zahlungs- und kassentechnisch bedingte Rückgänge handeln kann, ist im nächsten Quartal mit entsprechend höheren Zuweisungen zu rechnen.

Für allgemeine Umlagen haben die Gemeinden und Gemeindeverbände 32 Mill. DM im Berichtsvierteljahr aufgewendet, und zwar 25,8 Mill. DM für die Kreisumlage und den Rest für die Landesfürsorgeumlage.

³ Vgl. „Statistische Monatshefte Baden-Württemberg“, 5. Jg. 1957, Heft 2, S. 50 ff.

Schulden

Die Entspannung auf dem Kapitalmarkt hatte es der gemeindlichen Finanzwirtschaft ermöglicht, im zweiten Rechnungsvierteljahr 1957 die Darlehensaufnahmen erheblich zu verstärken und damit die Investitionstätigkeit zu erweitern. Im dritten Rechnungsvierteljahr 1957 setzte sich diese Entwicklung weitgehend fort, denn bei den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und den Gemeindeverbänden waren die Schuldenneuaufnahmen mit 82,8 Mill. DM fast so hoch wie im Vorvierteljahr (85,7 Mill. DM). Da zum Ende des Kalenderjahres regelmäßig umfangreiche Rückzahlungsverpflichtungen anstehen, wurden im Berichtszeitraum 22,3 Mill. DM gegenüber nur 9,8 Mill. DM im Vorvierteljahr an Tilgungen geleistet. Somit erhöhte sich bei den erfaßten Gebietskörperschaften der Stand der inländischen Neuverschuldung in der Zeit vom 30. September bis zum 31. Dezember 1958 um 60,5 Mill. DM (+ 5,4 vH) auf 1189,5 Mill. DM. Die Nettozunahme der Schulden verteilte sich mit 56,0 Mill. DM auf die Kreditmarktmittel, 3,4 Mill. DM auf die öffentlichen Sondermittel und 1,1 Mill. DM auf die Mittel von Gebietskörperschaften.

Während des dritten Rechnungsvierteljahres 1957 erhöhte sich die inländische Neuverschuldung absolut und relativ weit aus am stärksten bei den Gebietskörperschaften des Regierungsbezirks Nordwürttemberg, nämlich um 41 Mill. DM (+ 9,0 vH) auf 497,2 Mill. DM. Im Regierungsbezirk Südwestfalen-Hohenzollern stieg sie um 5,4 Mill. DM (+ 4,9 vH) auf 115,4 Mill. DM, in Nordbaden um 8,6 Mill. DM (+ 2,4 vH) auf 374,5 Mill. DM und in Südbaden um 3,5 Mill. DM (+ 1,8 vH) auf 200,2 Mill. DM. Außerdem ergab sich bei den Bezirksverbänden eine Zunahme der Verschuldung von 2,0 Mill. DM.

Stand der Neuschulden am 31. Dezember 1957

Seit dem 21. Juni 1948 aufgenommene und noch geschuldete Beträge der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern¹⁾ und der Gemeindeverbände²⁾

Art der Schulden	Stadt- kreise	Kreis- angehö- rige Ge- meinden	Land- kreise	Gemein- den und Gemeinde- verbände ²⁾
	1000 DM			
Schulden aus Kreditmarkt- mitteln	509 679	275 895	76 655	862 254
Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	144 341	33 471	5 850	183 662
Schulden bei Gebietskörper- schaften	77 378	51 457	12 521	143 599
darunter				
Wohnbaukredite von Bund und Land	32 826	24 253	1 317	58 481
Schulden zusammen	731 397	360 823	95 026	1189 515
(ohne Kassenkredite)				
Dagegen Stand				
am 30. September 1957	689 489	346 308	92 919	1128 984
am 31. März 1957 ¹⁾	621 160	308 679	84 755	1014 832
Kassenkredite				
am 31. Dezember 1957	7 200	1 064	1 195	9 914

¹⁾ Nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). — ²⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ³⁾ Ergebnisse der Schuldenstandstatistik zum 31. März 1957. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bauinvestitionen

Im dritten Rechnungsvierteljahr erhöhte sich bei den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und den Gemeindeverbänden der Aufwand für Bauinvestitionen (Neu- und Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten sowie große Instandsetzungen) gegenüber dem Vorvierteljahr insgesamt um 22,7 Mill. DM (+ 16,1 vH) auf 163,6 Mill. DM. Diese Erhöhung erfolgte aber fast ausschließlich bei den Stadtkreisen, die ihren Investitionsaufwand im Berichtsvierteljahr allein um 20,3 Mill. DM steigerten, indem sie ungefähr den gleichen Betrag zusätzlich an ihre Eigenbetriebe als Darlehen für Bauinvestitionen weiterleiteten. Bei den Landkreisen ergab sich eine Erhöhung der Investitionsausgaben um 2 Mill. DM, die hauptsächlich dem Schulbau zugute kam.

Die Investitionen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern¹⁾ und der Gemeindeverbände im 3. Rechnungsvierteljahr 1957

Art der Investitionen ²⁾	Stadtkreise		Kreisangehörige Gemeinden		Landkreise		Gemeinden und Gemeindeverbände ³⁾		Davon gedeckt durch zweckgebund. Zuweis. u. Darleh. v. Land (Bund)
	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM	vH	1000 DM
Schulbau	7 708	8,4	8 564	16,9	4 486	22,4	20 759	12,7	1 619
Krankenhäuser usw.	3 862	4,2	1 724	3,4	6 246	31,2	11 832	7,2	588
Wohnungsbau	1 357	1,5	2 548	5,0	151	0,7	4 055	2,5	55
Zuschüsse und Darlehen für Wohnungsbau ⁴⁾ ..	2 216	2,4	1 415	2,8	96	0,5	3 726	2,3	216
Straßenbau	10 543	11,5	9 586	18,9	6 374	31,8	27 247	16,6	1 938
Stadtentwässerung	5 021	5,5	6 224	12,2	—	—	11 245	6,9	1 676
Sonstige öffentliche Einrichtungen	4 539	4,9	2 617	5,2	165	0,8	7 321	4,5	51
Wirtschaftliche Unternehmen ⁵⁾	48 780	53,0	12 001	23,6	—	—	60 780	37,2	281
darunter									
Darlehen an Eigenbetriebe für Bauinvestitionen	44 675	48,6	11 223	22,1	—	—	55 898	34,2	120
Trümmerbeseitigung	688	0,7	3	0,0	—	—	691	0,4	47
Sonstige Verwaltungszweige	7 262	7,9	6 117	12,0	2 521	12,6	15 900	9,7	1 252
Investitionen zusammen	91 974	100	50 799	100	20 039	100	163 556	100	7 723
Dagegen im 2. Rechnungsvierteljahr 1957	71 720		50 530		18 019		140 823		12 823

¹⁾ Nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). — ²⁾ Investitionsausgaben der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung (ohne Anteilbeträge an die außerordentliche Rechnung). — ³⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — ⁴⁾ Nicht an Gebietskörperschaften. — ⁵⁾ Soweit in der Rechnung der Gemeinden (Gv.) nachgewiesen. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bei den erfaßten Gebietskörperschaften des Regierungsbezirks Nordwürttemberg erhöhte sich der Investitionsaufwand im Berichtsvierteljahr um 23,0 Mill. DM auf 90,1 Mill. DM. Die Steigerung war demnach — auch absolut gesehen — höher als im ganzen Land, denn die Erhöhung der Investitionsausgaben in Südbaden um 3,4 Mill. DM auf 20,7 Mill. DM reichte nicht aus, um den Rückgang in Nordbaden um 1,7 Mill. DM auf 35,9 Mill. DM und in Südwürttemberg-Hohenzollern einschließlich des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande um 2,0 Mill. auf 16,9 Mill. DM auszugleichen.

Persönliche Ausgaben

Die Summe der Gehälter und Löhne, die von den Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und den Gemeindeverbänden an die Bediensteten der Kämmererverwaltungen im dritten Rechnungsvierteljahr 1957 gezahlt wurde, betrug 119,3 Mill. DM. Sie übertraf den entsprechenden Betrag des Vorvierteljahres um 8,5 Mill. DM (+ 7,6 vH). Die Steigerung der Arbeiterlöhne um 5,3 vH und der Angestelltenvergütungen um 5,0 vH wurde hauptsächlich durch die Weihnachtsszuwendungen bewirkt, während die Erhöhung der Beamtengehälter um 15,4 vH durch Zahlungen bedingt war, die im Zusammenhang mit der Besoldungsreform geleistet wurden.

Persönliche Ausgaben¹⁾ der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern²⁾ und der Gemeindeverbände im 3. Rechnungsvierteljahr 1957

Regierungsbezirk Land	Beamtengehälter	Angest.-vergütungen	Arbeiterlöhne	Zusammen
	1000 DM			
Nordwürttemberg ³⁾	13 454	25 278	13 320	52 052
Nordbaden	10 674	15 309	8 565	34 547
Südbaden	4 062	7 948	5 229	17 239
Südwürttemberg-Hohenz. ³⁾ ..	2 825	6 954	4 177	13 956
Baden-Württemberg⁴⁾	31 308	56 182	31 843	119 333
darunter				
Stadtkreise	20 788	27 686	15 611	64 085
Kreisangehörige Gemeinden	6 347	12 797	10 378	29 522
Landkreise	3 879	15 006	5 303	24 187
Dagegen im 2. Rv. 1957	27 141	53 484	30 238	110 863
Veränderungen in vH	+ 15,4	+ 5,0	+ 5,3	+ 7,6

¹⁾ Ohne die der wirtschaftlichen Unternehmen und ohne Versorgungsbezüge. — ²⁾ Nach dem Stand vom 25. September 1956 (Wohnungszählung). — ³⁾ Ohne Bezirksverbände (Württ. Landesfürsorgeverband und Landeskommunalverband der Hohenzollerischen Lande). — ⁴⁾ Einschließlich Bezirksverbände. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Paul Steinki

VERSCHIEDENES

Die Verbreitung des Rundfunks am 1. April 1957

Ton-Rundfunkgenehmigungen

Am 1. April 1957 betrug die Zahl der Ton-Rundfunkgenehmigungen (ohne Genehmigungen für Kraftfahrzeuge usw.) in Baden-Württemberg 1,8 Millionen, das sind 6,1 vH mehr als im Vorjahr. Seit 1954 war dies die stärkste Zuwachsrate:

Stichtag	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in vH
1. April 1957	6,1
1. April 1956	4,9
1. April 1955	5,0
1. April 1954	4,7

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer erhöhte sich in den vier Regierungsbezirken nicht im selben Umfang. In Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern war die Steigerung mit

7,9 und 6,9 vH recht hoch, in Nordwürttemberg ergab sich dagegen ein Zugang von nur 5,8 vH. In Nordbaden stieg die Teilnehmerzahl in noch etwas geringerem Maße, und zwar um 4,7 vH.

Im Landesdurchschnitt entfielen am Stichtag auf 100 Haushaltungen 74 Ton-Rundfunkgenehmigungen gegenüber 71 im Vorjahr¹⁾. In den vier Regierungsbezirken und in den Kreisen war jedoch der Ton-Rundfunk noch nicht gleichmäßig verbreitet. Eine hohe Rundfunkdichte erreichten die Stadtkreise Heilbronn, Ulm, Pforzheim und Mannheim. Merklich unter dem Landesdurchschnitt blieben die Landkreise Künzelsau,

¹⁾ Mit Rücksicht auf einen Vergleich mit den Vorjahren wurden bei der Berechnung der Rundfunkdichte je 100 Haushaltungen die fortgeschriebenen Zahlen vom 30. Juni 1956 herangezogen. Bei der Verwendung von Zahlen der Bevölkerungsfeststellung im Rahmen der Wohnungszählung vom 25. September 1956 ist damit zu rechnen, daß sich die Dichteiffern im allgemeinen etwas erhöhen werden.